

BRIEFE AN DIE REDAKTION

rer technischen Zivilisation ist unzutreffend, da die Ausmaße der Zerstörung zeitlich und örtlich nahezu unbegrenzt sind und die Ungeborenen schwerstens betroffen sein können. Naturkatastrophen sind Schicksal, Reaktorunfälle sind selbstgebastelte Unfälle durch eine äußerst gefährliche, teure und nicht notwendige Art der Energieerzeugung.

Die Wahrscheinlichkeitsberechnung für Reaktorunfälle nach Rasmussen ist durch den Kendall-Bericht gründlich widerlegt worden. Außerdem hätten die Reaktorunfälle von Dresden II und III (USA) nach dem Risiko-Abschätzungsverfahren von Rasmussen gar nicht passieren dürfen (vgl. Prof. Bechert, *Leben und Umwelt*, Nr. 2, 1975).

„Es geht nicht um die Frage, wie die Kerntechnik perfekt für den Menschen gemacht werden kann, das unüberwindliche Hindernis besteht darin, den Menschen perfekt für die Kerntechnik zu machen“ (aus *Radioaktivität und Umwelt* von P. Weish und E. Gruper, S. 133, G. Fischer Verlag, Stgt.). Darauf hinzuweisen wäre die Aufgabe einer verantwortungsbewußten und humanen Ärzteschaft.

Dr. med.
Irmgard van Zanten-Münsch
Wielandstraße 11
7021 Musberg

V.

Die im DEUTSCHEN ÄRZTEBLATT erschienene oben angegebene Denkschrift stellt zusammenfassend fest, daß bei dem Normalbetrieb von Kernkraftwerken „weder im Hinblick auf das Schicksal des einzelnen noch vom sozialhygienischen Standpunkt aus von einer Gefährdung gesprochen werden kann“ (S. 2824). Dieses Fazit des Memorandums steht in krassem Widerspruch zur Auffassung angesehenen Ärzte und Fachleute des In- und Auslandes, z. B. zur Meinung von Dr. med. habil. Bodo Manstein (Konstanz), Dr. Walter

Herbst, Strahlenbiologe (Freiburg), Prof. Dr. Bechert, Theoret. Physiker (Mainz).

Dr. H. B. Lentzen-Deis
Bernhardstraße 26
5500 Trier

VI.

Als Mitglied des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ bin ich über die Gefahren der Kernkraftwerke aufgeklärt und weiß daher auch, daß es ungefährliche Alternativen zu den Kernkraftwerken gibt. Auf der Jahrestagung des Bundes zum Schutze des Lebens am 26.–28. September (1975) sprach Dipl.-Ing. Wahl aus Trier am Samstagvormittag ausführlich über die Gefahren der Kernkraftwerke und auch über Einrichtungen zur Energieversorgung, wie Windmotoren und geothermische Anlagen, die bei weitem billiger sind als Kernkraftwerke und keine gefährlichen Nebenprodukte haben.

Dr. med. Ruth Rohrbeck
Praktische Ärztin
7053 Rommelshausen

VII.

Man liest den Satz: „Der Ausschuß stellt ferner fest, daß die Behandlung radioaktiver Abfälle, wie sie beim Betrieb von Kernkraftwerken anfallen, keine Strahlungsgefährdung der Bevölkerung darstellt“.

Die „Behandlung“ dieser Abfälle besteht in Verladung, Abtransport über öffentliche Straßen und Ablagerung in Bergwerksstollen. Wie mir das Badenwerk auf meine Anfrage mitteilte, sind die Fahrzeuge so stabil, daß sie einen Sturz aus 9 Meter Höhe aushalten. Vermutlich ist dabei an Abstürzen von Brücken gedacht. Es gibt bei den heutigen Verkehrsverhältnissen aber auch noch andere Unfallmöglichkeiten. Bergwerke sind, wie vor kurzem erwiesen, nicht erdbebensicher...

Der Amtliche Katastrophenplan für den Kernreaktor Karlsruhe-Leopoldshafen, in dessen Umgebung bereits ein ganzer Wald am Absterben ist, beweist die liebevolle Vorsorge, welche man für die Bevölkerung trifft.

Dr. Brigitte Kramer-Schwär
Ärztin für Allgemeinmedizin
Am Kreuzsteinacker 10
7800 Freiburg-Littenweiler

KRITIK

Das DEUTSCHE ÄRZTEBLATT mische sich in Dinge, die es nichts angehen, meint ein Leser, der allerdings in der Sache mit ihm einig geht. Allerdings: Wenn er recht hätte, dann dürfte ein Studentenausschuß auch nicht über die Studienförderung diskutieren, denn auch darüber wird „im politischen Raum“ entschieden. Übrigens: Wenn mit „Hochverdienern“ nicht Ärzte gemeint sind, dann allenfalls, weil Glombig und der AOK-Verband diese längst zu „Spitzenverdienern“ hochstilisiert haben, und damit dürfte sich das Ärzteblatt dann auch nicht befassen?

Kompetenzen

Ihr Artikel „Hochverdiener“ in Heft 7 vom 12. Februar 1976, Seite 389, erinnert sehr an die umstrittene Praxis Allgemeiner Studentenausschüsse, politische Fragen, die außerhalb der zugewiesenen Kompetenzen liegen, zur eigenen Sache zu machen. Nun kann man die Interessen der Ärzteschaft, wie sie von den Ärztekammern gewahrt werden sollten, sicherlich recht weit fassen. So weit aber, daß sie mit denen der „Hochverdienenden“ identifiziert werden müßten, sicherlich nicht. Welche Abgaben die Gruppe der Hochverdiener in der Bundesrepublik zu leisten hat, ist eine ausschließlich unärztliche Frage, und die Redaktion des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES hat nicht das mindeste Recht, dazu Stellung zu beziehen – auch dann nicht, wenn die bemängelten Vorschläge tatsächlich kritikwürdig sind.

Dr. med. Klaus Mundhenk
Arndtstraße 1
2000 Hamburg 76